

Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 8

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

POLITISCHE RUNDSCHAU

Meinungen, die weit auseinander gehen . . .

-an- Am 6. Juli, das steht nun fest, wird über die Wirtschaftsartikel abgestimmt. Vorher, so wird angenommen, muss noch der Volksentscheid über die von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften lancierte Initiative betreffend Wirtschaftsreform und Rechte der Arbeit fallen. In beiden eidgenössischen Räten ist man dagegen, im Bundesrat mehrheitlich ebenfalls. Die Tagung des schweizerischen sozialdemokratischen Parteivorstandes in Zürich behält sich die Stellungnahme zu den Wirtschaftsartikeln vor bis nach dem Entscheid über die Initiative. Was dies bedeutet, ist klar: Man will sich auf keinen Fall zu früh binden. Man will erfahren, was die andern Parteien im Abstimmungskampf über die Initiative für Argumente gegen die «gebundene Wirtschaft» ins Feld führen, und welche Widersprüche sich ergeben, wenn nachher für eine andere Art «Bindungen» ein Ja gefordert wird. Die Lage wird alsdann die sein: Als vermutlich geschlagene Minderheit wird man sich mit dem Gegner, vor allem mit der Bauernschaft und dem Gewerbe, darüber unterhalten, ob die Hilfe der Arbeiterschaft bei den Wirtschaftsartikeln «etwas wert sei» — und ob die AHV wirklich noch auf Unterstützung von «rechts her» zählen dürfe —

Die Gefahr des «Auseinandermanövrierens» ist also gegeben. Auf die Nationalratswahlen hin wird sie noch wachsen. Die Gegensätze in der Beurteilung unserer schwierigsten Gegenwartsfragen entwickeln sich zusehends. Da kann man von einem bürgerlichen Volkswirtschaftler die Ansicht vertreten hören, die Mietzinse müssten eines Tages vom jetzigen Zwange befreit und etwa um 50 Prozent erhöht werden. Diese Forderung ist die absolute Konsequenz all jener, die annehmen, eines Tages werde man wieder «ohne Subventionen bauer.» müssen, und die Wirtschaftsfesseln in diesem Sektor dürften nicht ewig dauern. Ohne staatliche Fixierung der Erhöhungsquote kann man sich zwar die Befreiung von der heutigen Ordnung nicht denken — so weit gehen auch die Befürworter der Freiheit nicht. Es ist überhaupt interessant, zu erkennen, wie man von «liberalistischer» Seite heute den Staat heranziehen will, damit er den einzelnen Wirtschaftsgruppen die Lebensmöglichkeiten sichere. Also Einmischung zum Zwecke der Sicherung einer bedingt freien Initiative in einer bedingt freien Wirtschaft.

Die andern, von der Linken, wollen mit ihrer «Planung» andere Wege gehen. Siehe die von der sozialdemokratischen Vorstandstagung ebenfalls behandelte Wohnungsfrage. Tiefhaltung der Mietzinse durch scharfe Preiskontrolle, Bekämpfung der Boden- und Bautenspekulation, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus durch die öffentliche Hand — das geht alles in der Gegenrichtung. Geht auf die Dauerbindung, die Dauerplanung. Die Erweiterung der Kaufkraft der werktätigen Volksmassen, die scharfe Kontrolle aller Investitionen und



Die politischen Parteien der Insel Cypern, die das Statut einer britischen Kronkolonie besitzt, haben Premierminister Attlee ersucht, eine Erklärung über die Zukunft Cyperns abzugeben. Die rechtsgerichtete cypriotische Nationalpartei protestiert ferner in einem Telegramm an Attlee und Kolonialminister Creech-Jones gegen die Weigerung der britischen Regierung, die Forderung auf Vereinigung mit Griechenland, die von einer Abordnung der griechisch-orthodoxen Kirche erhoben wurde, in Erwägung zu ziehen. Die britische Labourregierung ist wieder um eine Sorge reicher. — Unser Bild zeigt die Haupt- und Hafenstadt Famagusta mit der berühmten Kathedrale. Im Vordergrund eine englische Kanone aus der Zeit der Eroberung Cyperns. (ATP.)

Preise setzt neue programmatische Massnahmen des Bundes und der Kantone voraus. Darin kündigt sich bereits das «Labour-Wahlprogramm» von links an.

Ist England stark oder schwach ?

Während drüben in den USA seit dem zusammengebrochenen Bergarbeiterstreik scheinbar alles «im tiefen Frieden» liegt, die politischen Sensationsnachrichten fast völlig verstummen und der ganze Kontinent uns ferner zu rücken scheint, steht England im Mittelpunkt aller Betrachtungen. Frankreich hat zwar auch seinen Beamtenstreik erlebt, und die Regierung Ramadier muss die öffentlichen Angestellten daran erinnern, wie sie allein bevorzugt seien und alle andern Opfer bringen müssten. Frankreich ist auch aus dem Dilemma «Lohnerhöhungen bei versuchtem weiteren Preisabbau» nicht heraus. Aber man sagt sich: Das ist eben Frankreich. Die vierte Republik kämpft um ihre Konsolidierung. England aber, England, das stabile Staatswesen, das den Krieg siegreich überstanden, das einen prinzipiellen sozialen und aussenpolitischen Kurswechsel in der Ruhe seiner Stabilität vollzogen hat, das ist etwas anderes. Die Ereignisse in jedem Sektor seiner Politik und Wirtschaft rufen grundsätzlichen Überlegungen. Sind die Rückzüge auf den alten Fronten seines Kolonialimperialismus Zeichen der Schwäche? Oder bezeugen sie die zwar veränderte Methode seiner Politik, aber keinerlei Schwäche, sondern im Gegenteil die erneuerte, zu jeder Wandlung fähige Kraft?

In London ging die Palästina-Konferenz ohne Resultat zu Ende. Araber und Juden verwarfen jeden englischen Vorschlag. Ausenminister Bevin erklärt, dass die ganze Angelegenheit der «UNO», und zwar nicht dem

Sicherheitsrat, sondern der Vollversammlung, unterbreitet werden solle. Palästina ist ja kein Kolonialbesitz, sondern ein vom Völkerbund der britischen Verwaltung übergebenes Mandatland. Mandatländer waren freilich auch Irak und Transjordanien. Ja, das Gebiet des neuen Königs Abdullah sollte ursprünglich mit Palästina eine Einheit bilden. England hat den beiden ihre Freiheit gegeben, ohne den Völkerbund zu befragen — warum nicht auch Palästina? Der Fall liegt klar: London muss seine Truppen im Lande belassen, damit nicht sogleich ein blutiges Gemetzel zwischen Juden und Arabern ausbreche.

Von der UNO, so erwartet England, können Entscheide getroffen werden, die nicht von den gleichen Umständen torpediert sind wie die englischen Vorschläge. Vor der UNO können die Juden nicht mehr so unbedingt «auf ihrem Schein beharren», nämlich auf der Balfour-Deklaration, dem Versprechen Englands, in Palästina eine nationale jüdische Heimstätte zu schaffen. Die Araber umgekehrt können nicht mehr die britische Sorge um die Mittelmeer-Route, welche mitten durch die arabische Welt führt, das moralische Druckmittel gegen London anwenden. England würde damit in seinem Verhalten gegenüber den verschiedenen Araberstaaten freier, und was die jüdischen Forderungen angeht, können aus dem Schosse der Vereinten Nationen hundert Anregungen hervorgehen, welche England nicht vorschlagen konnte. Es geht ja vor allem darum, die heimatlosen Flüchtlinge irgendwo unterzubringen. Der kämpferische Zionismus verliert einen seiner gewaltigsten Antriebe, wenn «von Australien bis Mexiko» und von «Südafrika bis Sibirien» Ansiedlungsmöglichkeiten geschaffen werden. Den Hauptgewinn des

Rückzuges sieht London jedoch in der Reduktion der Mobilisierten.

Die Lage der Armee, welche gezwungenermassen unter Waffen bleiben muss, drückt schwer auf die wirtschaftliche Lage des Landes. Warum sollen nicht USA und Russland, Frankreich und all die Siegermächte kleineren Formats einen Teil der Kosten bezahlen? Und auch einen Teil der Gefahren tragen, welchen die Soldaten eines Besatzungsregimes ausgeliefert sind? Worin diese Gefahren bestehen, hat in den jüngsten Tagen der Oberkommandierende in Jerusalem, Sir Evelyn Barker, erfahren. Er wird von «Irgun Zvai Leumi» als Verantwortlicher für die Verurteilung dreier Juden bezeichnet. Das dreifache Todesurteil ist die Antwort auf die Auspeitschung britischer Soldaten. Zu den Drohungen, die gegen Sir Barker ausgestossen werden, gesellt sich nun der Hohn: Er gab unterdessen sein Kommando auf und begab sich als Gast der Oberkommandierenden in Aegypten nach dessen Hauptquartier. Grund, ihn der Feigheit zu beschuldigen.

Allein, es ist zweifellos nicht Feigheit, wenn ein dem Gegner verhasster Kommandant seinen Posten verlässt, um einen Unbelasteten die Möglichkeit zu öffnen, auf neuer Basis zu einem erträglichen Verhältnis zu gelangen. Feigheit war sicherlich auch nicht das Motiv der Verschiebung einer andern, vorgesehenen Hinrichtung. Dov Gruener, der schon am vorigen Mittwoch hätte fusiliert werden sollen, lebt noch und kann sich die bewusst gewollte Opferung für die jüdische Sache nun nicht leisten. Seine Bandengenossen aber verlieren eine Handhabe, um den Terror zu verschärfen. Das entspricht der britischen Hoffnung auf eine Entgiftung der Atmosphäre... oder auch auf eine Entzweiung der Juden. Wenn die Kämpfe zwi-

schen ehemaligen Haganahleuten und «Zvai Leumi»-Terroristen in Tel Aviv der Anfang eines jüdischen Bürgerkrieges sein sollten, würden nicht die Engländer, wohl aber die Juden ihre Situation vor dem Forum der «UNO» verschlechtern — und die britische Armee wäre entschuldigt —. Entschuldigt sind nun auch die Besatzungstruppen in Alexandria. Die Ägypter triumphieren. Aber gleich der Räumung dieser Stadt in Aegypten wird auch die Räumung Griechenlands, welche am ersten März beginnen soll, einen Stein vom Herzen vieler politisch links stehender Engländer nehmen. Vom Schatzkanzler des Landes, der rechnen muss, ganz abgesehen. Die erweiterte Regierung Tsadaris scheint in London heute Garantien genug für ein konstitutionell-demokratisches Regime zu bieten und die Bajonette Albions nicht mehr zu brauchen.

Auch in Griechenland hat eine Art Rückzug zugunsten der «UNO» stattgefunden. Eine internationale Kommission untersucht die Zuständigkeit in den Bürgerkriegsgegenden des Nordens, hat den Aufschub einiger Hinrichtungen erwirkt und scheint überhaupt zur Ausgleiche der Gegensätze beizutragen. Wird sich nach dem Rückzug der Engländer das jetzige Regime halten können, ohne dass eine Revolte der extremen Linken wieder alles — zugunsten der russischen Einflüsse — über den Haufen wirft? Das britische Volk ist jedenfalls der Ansicht, dass die demobilisierten Soldaten die Lücken in den Fabriken und Bergwerken ausfüllen sollen.

Militärlast und Wirtschaft vertragen sich nie; Beschäftigung des Volkes für die Bedürfnisse der Armee verkürzt den zivilen Bedarf in doppelter Weise; die eingezogenen Soldaten fehlen der normalen Produktion, und die Munitionsdreher schaffen kein Brot. Diese allgemeine Weisheit haben sämtliche Staaten der Erde erfahren, und England, das immer noch anderthalb Millionen Mann unter den Waffen hält, erfährt sie in der Nachkriegszeit besonders eindrücklich.

Premier Attlee hat in mehreren öffentlichen Reden zur Kohlen- und Stromkrise Stellung genommen, hat nochmals ausgesprochen, dass das Heil des Landes einzig in der Mehrproduktion liege, hat aber energisch gegen alle Stimmungen und Gerüchte Stellung genommen, welche bereits eine Krise des Labourregimes, die Notwendigkeit, ein Koalitionskabinett zu bilden, und die Zwangslage der Regierung, mit dem Sozialisierungskurs zu brechen, verkündeten. «Wir werden in der Verwirklichung des Programmes weiterfahren», das ist die Quintessenz seiner Reden. Damit beantwortet er Churchills grimmigen Hinweis, nun sehe man einmal die Sozialisten an der Arbeit und könne konstatieren, wie das Land degeneriere, und wie die Gepossen nichts als den Klassenkampf im Sinne hätten, statt Verwaltungsarbeit zu leisten. Attlee wies die Erhöhung der Stahlproduktion gegenüber 1938 nach, stellte fest, dass in diesem Jahre weniger Kohlenarbeiter als früher ein grösseres Quantum Kohle gefördert hätten, rühmte die Landwirtschaft, die den Rekord in der Milchlieferrung geschlagen, wies auf eine Reihe von sozialen Gesetzen hin, die eingeführt wurden und versprach mit aller Sicherheit eine neue wirtschaftliche Blüte des Landes und eine bisher nicht gekannte Höhe des sozialen Lebens.

In diesen Äusserungen des Premiers spricht ein starker, unbeirrter Wille, nicht von der einmal eingeschlagenen Linie abzugehen und die gegebenen Versprechen einzulösen. Und hinter diesem Willen steht der ungebrochene Glaube an die Güte der Idee, die man in der Labourparty vertritt, der Idee des westlichen, demokratischen Sozialismus. Es gehört zum Wesen dieser Idee, dass sie aussenpolitisch auf die alte Machtpolitik verzichtet, innenpolitisch aber bereit ist, abzutreten, falls das Volk in seiner Mehrheit sich nicht endgültig gewinnen lässt und bei den nächsten Parlamentswahlen wieder für die Konservativen — oder vielleicht gar für die Liberalen — stimmt.

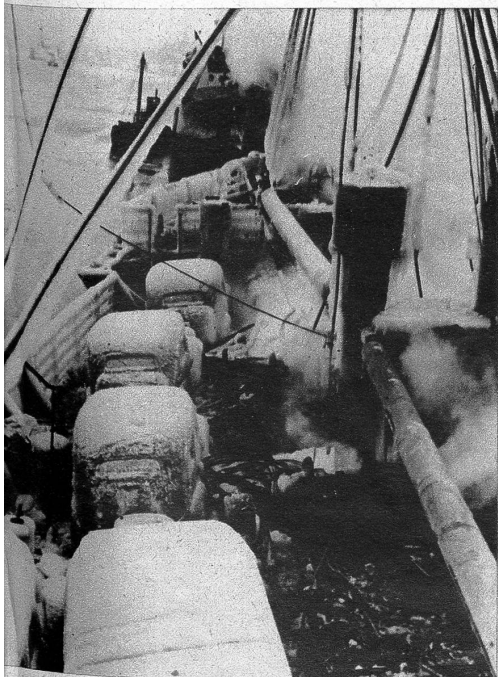
In der Verzicht auf die Macht Schwäche? In der innenpolitischen Bereitschaft, unter allen Umständen das Volksurteil über den jetzigen Kurs und seine Erfolge oder Misserfolge entgegenzunehmen, liegt jedenfalls eher eine grosse moralische Kraft...

Und die Europapolitik?

Hier geht es nicht, wie in der Kolonialpolitik, um Rückzüge, sondern um den Versuch konstruktiver Lösungen, um das Gewinnen der verschiedenen Völker, schliesslich auch der Deutschen, für diese Lösungen, geht es aber weiterhin um den Ausgleich mit der einzigen direkt rivalisierenden Grossmacht, mit Russland. Das konstruktive Gebäude darf nicht den Argwohn Moskaus ertragen. Bündnisverträge zwischen einzelnen Staaten dürfen nicht nach einem antirussischen Westblock riechen. Moskau muss einbezogen werden, muss gewissermassen konsultiert und beteiligt werden. Darum wird die Idee der «Vereinigten Staaten von Europa» unter Ausschluss Russlands bewusst verworfen. Dagegen scheint das britisch-französische Bündnis in seiner Ausarbeitung weit gediehen oder sogar schon komplett zu sein. Es wird nur darüber gerätselt, ob London und Paris seinen Abschluss noch vor Beginn der Moskauer Konferenz bekanntgeben werden oder nicht.

Inzwischen sondiert Frankreich, das seit Barthou einem so zielbewussten Aussenminister wie heute Mr. Bidault besessen, bei der Tschechoslowakei und bei Polen, in welcher Form die nie ausser Kraft getretenen Bündnisse den heutigen Verhältnissen angepasst werden könnten. Man kann ohne weiteres annehmen, dass England hinter diesen französischen Sondierungen steht und sich mit der Absicht trägt, gerade mit diesen Grenzländern, die mit Russland eng liiert sind, in engere Freundschaftsbeziehungen zu treten, so dass sie zu Brücken der englisch-russischen, später vielleicht auch der amerikanischen - russischen Verständigung werden könnten.

Die Äusserung des Aussenministers Bevin, es gebe «keinen eisernen Vorhang», seine Andeutungen, was er bei seinem Besuch in Moskau zu erreichen hoffe, seine ermunternden Reden an die Satelliten Hitlers nach Unterzeichnung der Friedensverträge lassen erkennen, wie eins im Geiste mit Attlee er seine aussenpolitischen Richtlinien zu ziehen versucht. Immerhin geht das Entgegenkommen nicht über die gesteckten Grenzen der Gerechtigkeit: Mit Amerika und Frankreich hat auch Bevin Stellvertreter an der Londoner «Aussenminister - Stellvertreter - Konferenz» die Ansprüche Jugoslawiens auf die slowenischen Grenzstriche Kärntens abgelehnt und somit die Grenzen Oesterreichs von 1938 empfohlen...



Die Vereisung der Häfen hat in Nordeuropa grosse Fortschritte gemacht, und die Ostsee ist in ihrer ganzen Ausdehnung zugefroren, ein Ereignis, das zu den grössten Seltenheiten gehört. Einer der letzten Dampfer, der in Stockholm eintraf, hatte unter anderem neue amerikanische Automobile an Bord vertäut, die bei der Ankunft so aussahen. Man wird diese Wagen, auf die man in der schwedischen Hauptstadt schon sehnsüchtig gewartet hat, erst auftauen müssen, bevor man sie in Betrieb setzt... (ATP)